

# Fahren in den Bergen braucht Erfahrung

Ein Fahrfehler war Ursache für den tödlichen Busunfall in Schladming. Leiter der Planai-Busflotte erklärt, worauf es beim Bremsen ankommt.

Von Veronika Höflechner

Am Mittwoch wurde bekannt, dass das tödliche Busunglück in Schladming durch einen Fahrfehler des deutschen Busfahrers verursacht wurde. Laut dem Vorbericht an die Staatsanwaltschaft waren die Bremsen überhitzt. Was sagen jene Lenker dazu, die mit den Planai-Linienbussen täglich an der Unfallstelle zwischen Rohrmoos und Schladming vorbeifahren?

Thomas Keinprecht ist der Einsatzleiter der Busflotte. Es gibt einige Sicherheitssysteme, die ein Versagen der Bremsen verhindern, erklärt er. „Alle Schwerfahrzeuge haben zum Beispiel eine zweite Bremse vorgeschrieben“, den Retarder. Das ist eine verschleißfreie Dauerbremse, stufenweise einstellbar am Lenkrad, „mit der man konstant bergabfahren und konstant verlangsamten kann.



Nach dem Unfall wurden in der Kurve Leitwinkel montiert V. HÖFLECHNER

Mit der Betriebsbremse wird nur bei einem Kreisverkehr oder einer Ampel gebremst.“

Ist so ein Reisebus mit 17 Tonnen doch ein ganz anderes Kaliber als ein Auto. Würde man bergab mit der Betriebsbremse, also dem Pedal, arbeiten, würde diese überhitzen. „Hat der Retarder eine Fehlfunktion, gibt es noch immer die Betriebsbremse, um den Bus zum Stillstand zu bringen.“

Klar ist: Das Fahren in den Bergen benötigt Erfahrung. „Jeder, der bei uns anfängt, startet im Tal. Man muss langsam hineinwachsen“, so Keinprecht. Das bestätigt Paul Blachnik, Geschäftsführer der Berufsgruppe Bus in der Wirtschaftskammer Österreich: „Jeder Busunternehmer überlegt sich genau, wo er seine Lenker hinschickt.“

Ein Defizit in der Führerschein-ausbildung zeige ein solcher Unfall aber nicht: „Auf der

Straße gibt es nichts Sichereres, als sich mit einem Bus fortzubewegen“, verweist Blachnik auf die Unfallstatistik. Zudem würden Busunternehmen stark auf Weiterbildung setzen. Die Planai-Mannschaft absolviert alle fünf Jahre ein Fahrsicherheitstraining in Kalwang: „Wir fahren mit den eigenen Bussen und auch mit unterschiedlicher Bereifung, um auf alle Bedingungen reagieren zu können“, erklärt Einsatzleiter Keinprecht.

Die Busse selbst werden zusätzlich zu den gesetzlich vorgeschriebenen Überprüfungen regelmäßig in der hauseigenen Garage kontrolliert. „Wir müssen das Vertrauen haben, dass unsere Fahrzeuge perfekt gewartet sind.“ Seit dem Unfall im Februar achte man auf alle Fälle noch mehr auf die Sicherheit: „Wir als Busfahrer haben die wichtigste Verantwortung überhaupt, die für Menschenleben“, schließt Keinprecht.

## STEIRISCHER ARMUTSBERICHT

# Mehr als 13 Prozent sind armutsgefährdet

Die Quote hat sich aber seit 2004 nicht signifikant geändert. Sozialsystem fängt viele ab.

Die Landesstatistik unter Martin Mayer hat die Einkommen, Armutsgefährdung und die Lebensbedingungen der Steirerinnen und Steirer umfangreich analysiert. Demnach hat sich die Quote der von Armut gefährdeten Personen in den letzten zwei Jahrzehnten nicht signifikant verändert. 2021 lag sie bei 13,4 Prozent, 2004 bei 12,5 Prozent. Demnach sind 164.000 Steirerinnen und Steirer armutsgefährdet.

Armut ist aber nicht gleich Armut, das Sozialsystem fängt viele Fälle ab. Elf Prozent der Bevölkerung beziehen ihr Haupteinkommen aus Sozialleistungen, für weitere 23 Prozent stellen Pensionen die Haupteinkommensquelle dar. Ohne Sozialsystem läge die Armutsgefährdung in der Steiermark bei 45 Prozent.



Landesstatistiker Martin Mayer LAND STMK

Unter den Gruppen mit besonders hoher Armutsgefährdung finden sich Arbeitslose (51 Prozent) und Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit (45 Prozent). Aber auch sieben Prozent der Erwerbstätigen, das sind rund 37.000 Menschen, gelten als armutsgefährdet. Dieses Phänomen wird mit dem aus den

USA stammenden Begriff „Working Poor“ bezeichnet.

Abgeleitet vom mittleren Netto-Pro-Kopf-Einkommen von 28.400 Euro verdienen die Steirer übrigens im Mittel 2366 Euro monatlich.

Für die steirische Caritasdirektorin Nora Musenbichler zeigt die Bestandsaufnahme des Landes zwar, dass der Sozialstaat wirke, aber auch, „dass es notwendig ist, Sozialleistungen zielgerichteter einzusetzen.“